



Freie Wähler Speyer

ehemals Bürgergemeinschaft Speyer

Speyer, den 10. Mai 2025

Anfrage und Antrag zum Thema Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes und zum Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB)

*Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,*

Am 25.3.2025 wurde im Bauausschuss eine Konzeption zum Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofs Speyer zur barrierefreien Umgestaltung mit Untervarianten vorgestellt. Es erfolgte dabei eine Präsentation auf der Leinwand im Ratssaal, ein vorheriger Versand dieser Unterlagen erfolgte nicht. Eine gezielte Einarbeitung in das Thema war den Ausschussmitgliedern somit nicht möglich. Der Versand der Unterlagen wurde seitens der Verwaltung kurzfristig zugesagt, erfolgte dann aber erst nach Erinnerungen am 8.4.2025. Die von der Verwaltung für Anfang April gewünschte Stellungnahme zur Präsentation war daher nicht möglich.

Nach Durchsicht der Unterlagen handelt es sich um 1 Version des beabsichtigten Umbaus, mit 2 Teilvarianten zum möglichen Ausbau. Die übergebenen Unterlagen bleiben in der Darstellung jedoch unklar und sind daher vor einer Entscheidung klarer darzustellen.

Der beabsichtigte Umbau des Busbahnhofs bezieht das Bahnhofsumfeld selbst nicht ein und betrachtet quasi beide Bereiche als völlig eigenständige Themenkomplexe. Dies ist aber nicht der Fall, da beide Bereiche eng miteinander verflochten sind und daher zwangsläufig im Gesamtzusammenhang gesehen werden müssen.

Bereits im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes und der dortigen Taxi-Stände haben die Freien Wähler auf den funktionalen Zusammenhang der beiden Bereiche ausdrücklich hingewiesen. Gleichzeitig wurde von den Freien Wählern in Abstimmung mit den Taxi-Betreibern eine Grundkonzeption entwickelt für einen funktionierenden und sicheren Taxistandort nördlich des Bahnhofsgebäudes, die von diesen ausdrücklich befürwortet wurde.

1. Warum wurde nun diese entscheidende Möglichkeit eines guten und sicheren Taxi-Standplatzes nördlich des Bahnhofes in keiner Weise als Zukunftsoption in der Präsentation zum Omnibusbahnhof berücksichtigt?

2. Die dargestellten Kosten mit 410.000,- € BRUTTO-Kosten einschl. der Planungskosten des Fremdbüros scheinen angesichts der großen Umbauflächen und der etappenweise nötigen Bauarbeiten kaum realistisch.

**Gibt es daher eine detaillierte Kostenschätzung der Einzelmaßnahmen?
Wir bitten diese vorzulegen.**

3. Der ZOB befindet sich auf mindestens 5 getrennten Grundstücken mit eventuell unterschiedlichen Rechtssituationen, gegebenenfalls nach Wohnungseigentumsgesetz. Zur Vermeidung von späteren Problemen wie bei Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus und dem Viadukt ist daher die Prüfung der Grundstückssituation zwingend.

- a) Wurde dies bisher seitens der Verwaltung gemacht?**
- b) Sind die rechtlichen Gegebenheiten des Umbaus eindeutig geklärt?**
- c) Sind hier noch sonstige rechtliche Vereinbarungen nötig?**

4. Die Planunterlagen der nunmehr nachgelieferten Präsentation des Umbaus sind sehr vage und unklar, stimmen mit den tatsächlichen dortigen Gegebenheiten nur bedingt überein. Die Betonstützen der Überbauung, die die Bussteige entscheidend beeinflussen, sind dort praktisch nicht zu erkennen und in Bezug auf die Gebäudekanten kaum korrekt dargestellt. Da es hier praktisch um jeden Zentimeter ankommt, ist selbstredend eine exakte Unterlage des Bestandes zwingend erforderlich.

**Wurden Pläne auf exakten Bestandsplänen erstellt?
Warum wurden diese nicht mitgeliefert?**

5. Die Fahrgassen der Busse werden teilweise auf 3,20m reduziert. Gem. den Richtlinien sollen diese jedoch 3,50m betragen, im äußersten Notfall 3,25 m. Jedoch wird mit 3,20 m selbst das Minimum noch unterschritten.

- a) Ist dies Unterschreitung mit den Busbetreibern abgesimmt?**
- b) Ist diese Unterschreitung rechtlich zulässig?**

6. Die Breite des begehbaren Bussteiges im Bereich der bestehenden Betonstützen ist in den Präsentationsplänen nicht erkennbar. Im Sinne der Barrierefreiheit haben Wege für das barrierefreie Befahren mit Rollstühlen jedoch mind. 1,25 m breit zu sein. Insbesondere in Bezug auf die Absturzsicherheit von Rollstühlen auf Grund des erhöhten Bussteigs ist dieser Breite hohe Beachtung zu schenken. Schließlich ist ja gerade auch das der Grund des Umbaus. Der freie Abstand zwischen Stützen und Bus-Fahrgasse scheint jedoch deutlich geringer zu sein.

- a) Werden die Maße der einschlägigen Normen zur Barrierefreiheit eingehalten?**
- b) Warum wurden dies nicht wenigstens mal beispielhaft skizziert?**

7. Schließlich wurde nun bekannt, dass das neue WC im ehemaligen Kiosk unter der „Schneckenudel“ nur aus 1 einzigen Unisex-WC besteht. Ein WC zur gesamten Versorgung des Bahnhofsbereichs und des ZOB-Bereichs ist jedoch völlig unterdimensioniert und nicht ausreichend. Zudem wurde die Hälfte des ehemaligen Kiosks komplett abgerissen, was selbst optisch/städtebaulich unangebracht ist. Die entscheidende Fläche für weitere WC-Anlagen wurde dadurch noch entscheidend reduziert.

- a) Warum wurden hier 50% der Fläche abgerissen und somit wertvolle Nutzfläche aufgegeben?**
- b) Warum wurde hier nur 1 einzige WC-Anlage geschaffen?**
- c) Wann wurde diese Entscheidung von wem getroffen?**

ANTRAG

1. Die Verwaltung wird beauftragt,

statt des bisherigen Taxistandortes vor dem Bahnhof, bei dem beim Aussteigen die Taxipassagiere auf beiden Ausstiegsseiten gefährdet werden und ebenso die Fahrradfahrer auf den Fahrradweg in den hinein ausgestiegen wird,

die funktionierende und sichere Lösung nördlich des Bahnhofsgebäudes, wie als Skizze beigefügt, genau auszuarbeiten zu lassen. Die dafür nötige Zufahrt ist bei der Planung des Omnibusbahnhofes zu berücksichtigen. Diese Lösung soll im Einvernehmen mit der Bahn umgesetzt werden. Die Kosten sollen im Haushalt 2026 veranschlagt werden.

2. a) Die Verwaltung wird beauftragt bei der Bahn die Wiederherstellung der Toiletten im Bahnhof zu beantragen und zu betreiben.

b) Sollte die Bahn dazu rechtlich nicht verpflichtet sein, soll mit der Bahn eine einvernehmliche Lösung angestrebt werden, bei der die Stadt Speyer die Kosten übernimmt. Diese sollen im Haushalt 2026 veranschlagt werden.

3. Zur Sicherheit aller Nutzer, insbesondere von Frauen, zur Sicherheit der Fahrräder und zur optischen Aufwertung sollen die Metallwände der Fahrradabstellanlage vor dem Bahnhof durch Sicherheitsglas ersetzt werden. Diese Maßnahme ist zu planen und soll im Haushalt 2026 veranschlagt werden.

4. Die Verwaltung wird beauftragt eine verbesserte Vorlage mit nachvollziehbaren Plänen zur Schaffung von Barrierefreiheit im Busbahnhof vorzulegen, damit darüber gründlich beraten werden kann.

Wir danken allen die eine funktionierende Aufwertung des Bahnhofes Speyer unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen
Claus Ableiter

Fraktionsvorsitzender